

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Str. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.
Postfach - Konto Dresden 2486 / Staatsbank - Konto 674.

Anzeigenpreise: 33 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 36 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Gelpflanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 35

Dresden, Donnerstag, 11. Februar

1932

Der russische Abrüstungsvorschlag. Belgien stellt sich hinter Frankreich.

Dymans' Rede.

Genf, 11. Februar.

In der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz sprach als erster Redner der belgische Außenminister Dymans. Die Tendenz seiner Rede ergab sich aus den einleitenden Sätzen: Belgien hat sich in doppelter Absicht auf die Konferenz begeben: mitzuarbeiten an einer internationalen Vereinbarung für die Begrenzung oder Herabsetzung der Rüstungen und zu wachen über seine Sicherheit. Wenn Belgien auch besondere Garantien in dem Rheinpakt findet, so weiß es jedoch, daß jeder Konflikt politische, wirtschaftliche und soziale Verwundungen herbeiführt, unter denen Belgien zu leiden hätte. Belgien will die militärischen Werkzeuge behalten, die ihm zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit im Falle der Bedrohung oder des Angriffes unentbehrlich sind. Dymans sprach seine volle Zustimmung zu den französischen Vorschlägen aus und hob besonders das Verbot der schweren Angriffswaffen, des chemischen Krieges und den Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle hervor.

Litwinows Abrüstungsvorschlag.

Nach dem belgischen Außenminister sprach der russische Botschafter Litwinow. Er wiederholte den Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung, erklärte aber, daß die Sowjetdelegation nicht die Alternative „Rüch oder Alles“ er mache. Er machte dann im Sinne der Abrüstungsvorschläge für die Abschaffung gewisser schwerer Angriffswaffen. Nach Auffassung der sowjetischen Delegation können die Abrüstungsbedingungen der Völker nicht durch die Stabilisierung oder durch eine unbedeutende Herabsetzung der Rüstungen oder der Militärbudgets erfüllt werden, sondern nur durch ein Mittel zur Beendigung des Krieges. Die Sowjetregierung habe wiederholt den Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung als einziges Mittel zur Abschaffung des Krieges gemacht. Weder die bestehenden Pakt- und Organisationsverträge noch die Begrenzung der Rüstungen können den Krieg verhindern.

Die Forderung der Sowjetdelegation lautet: Sicherheit gegen den Krieg. Damit unterliege sich der sowjetische Sicherheitsbegriff dem dem der anderen Delegationen. Viele ver-

binden unter Sicherheit ein Höchstmaß an Aufsicht zur Gewinnung eines aufgezogenen Krieges. Litwinow ging als erster Redner ausführlich auf die französischen Vorschläge ein, lebhaft verständlich um zu einer völligen Abrüstung zu gelangen. Die französischen Vorschläge seien nur eine Konkretisierung des Genfer Protokolls, das den Völkern sieben Jahre lang ergebnislos beschäftigt habe. Sich auf dieses Bemühen zu verlassen, würde unter den gegenwärtigen Umständen einen Rückschritt bedeuten, der die Abrüstungsfrage um weitere Jahre oder Jahrzehnte zurückwerfen würde. Ausdrücklich beschäftigte sich Litwinow mit dem französischen Vorschlag einer internationalen Rüstungskontrolle. Der bürge dafür, daß bei dem Vorhandensein des nationalen Egoismus eine internationale Kontrolle nicht im Interesse dieses oder jenes Staates angelegt wird, der sich innerhalb des internationalen Organismus mit Hilfe von Sonderabkommen Entzernen und Abkommen die Vorkontrolle gesichert habe!

Die Sowjetdelegation sei jedoch nicht in der alleinigen Absicht herbeigekommen ihren Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung zu wiederholen oder die Konferenz vor die Alternative zu stellen: Rüstung oder nichts. Die Sowjetdelegation werde bereit sein, jeden Vorschlag zu erörtern, der auf eine Herabsetzung der Rüstungen ausgehe. Die Sowjetdelegation betrachte den Konventionstext als vollkommen ungenügend und werde ihren eigenen Plan einer partiellen Abrüstungsabriegelung vortragen, den sie jedoch lediglich als eine erste Etappe zur allgemeinen Abrüstung betrachte.

Die Vorschläge der Sowjetdelegation für das völlige Verbot der aggressiven Rüstungskategorien blieben auch für die letzte Konferenz in Kraft. Sie umfaßten insbesondere 1. Panzerwagen und schwere weitverbreitete Artillerie; 2. Schiffe mit über 1000 t Wasserverdrängung; 3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber von über 12 Zoll; 4. Flugzeugmutter- und -kinder; 5. Minenartillerie; 6. schwere Bombenflugzeuge, alle logierenden Fliegerbomben und alle durch Luftfahrzeuge zu befördernde Gefährdungsmittel; 7. alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Stanzwerkzeugen. Die Sowjetdelegation werde die Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer und gleiche Sicherheit für alle Länder verlangen.

nach der letzten Verordnung noch rund 37000 ausländische Arbeiter in Deutschland verbleiben, von denen 32000 Inhaber des sogenannten Verweilungsvisums sind, während weitere 5000 auf Grund eines besonderen deutsch-polnischen Abkommens bis 1932 nicht über die Grenzen abgeschoben werden sollten. Würde die einschneidende Verordnung nicht erlassen werden, dann hätte man allerdings mit einem erheblichen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in das Deutsche Reich zu rechnen gehabt.

Weiter finden sich auf der Reichsratsabstimmung die Ausführichte über den Entwurf eines Wechselgesetzes und eines Einfuhrungsgegesetzes dazu sowie über den Entwurf einer zweiten Durchführungsverordnung zur Währungsreform und einer Durchführungsverordnung über die Ablösung der Gebäudeeinkommensteuer. Erwähnenswert ist außerdem der Gesetzentwurf über die Begründung des Beamtenverhältnisses durch besondere Urkunden und die Verordnung über Handelsklassen für Führer, die durch besondere Kennzeichnung dem Konventionen die Befähigung ermöglichen und, ob er inländische frische oder gelagerte oder ausländische Eier erwirbt.

Ein Stahlschmelz-Verbot. Der belgische Innenminister hat die in Rom erlassene Resolution des „Stahlschmelz-Verbot“ wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Oberst und von Mitgliedern der Reichs- und preussischen Staatsregierung bis zum Mai verboten. Der Reichspräsident ist der frühere Landtagsabgeordnete Staatsanwalt Dr. Wolf in Rom.

Vorschläge von Wirtschaftsverbänden gegen die Überfüllung der Hochschulen.

Berlin, 10. Februar

Der Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtags hatte sich mit einer Eingabe zu beschäftigen, die Vorschläge des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V., des Bundes angeleiteter Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Berufe e. V. und des Vereins Deutscher Chemiker gegen die Überfüllung der Hochschulen enthielt.

In diesen Vorschlägen wird erklärt, man schätze die Zahl der festangestellten Akademiker aller Fakultäten für das Jahr 1934 heute schon auf 13000. Das bedeute, daß für die Ausbildung von 130000 jungen Staatsbürgern private und öffentliche Mittel in Millionenhöhe nutzlos verwendet würden. Ein Bruchteil dieser Summe würde genügen, Lehraufträge für ungenutzte Stellen für einen Zeitraum von mehreren Jahren zu vergeben und wirtschaftlich günstigeren Ausbildungen für die späteren Lebensjahre zu ermöglichen. Besonders groß sei die Zahl derer, die sich dem technischen und dem naturwissenschaftlichen Studium widmen. Die Prognostik, daß ein großer Prozentsatz hiervon sich lediglich von dem Glauben leiten lasse, auf Grund des bestehenden Egoismus leichter eine Einkommensmöglichkeit zu finden. In einem Appell an die Eltern wird betont, daß der allgemeine Grundjahrslehre späteren Generationen das Abitur sei eine Heilspaltung, die zwar auch zum akademischen Studium berechtige, aber nicht dazu verpflichte, aufsehendem verloren gegangen sei. Gegenüber der einseitigen Überfüllung der

Ausbildung auf der höheren Schule müsse zur Stärkung des Antriebes für andere Berufswahl darüber geschaffen werden, daß ein ausschlaggebendes volkswirtschaftliches Interesse für Erhaltung und Fortentwicklung der notwendigen Ausbildung in den handwerklichen und gewerblichen Berufen vorliegt. In der starken Überfüllung der Hochschulen und der geringen Ausbildung müsse bald eine Wandlung eintreten für Berufe, die weder ein Abiturientenexamen noch ein akademisches Studium erfordern, dürfte auch in der Praxis kein Nachweis für eine derartige Vorbereitung verlangt werden. Die genannten Verbände traten für diese Auffassung ein und fanden sich dabei in Übereinstimmung mit den Bestrebungen des Reichsinnenministeriums. Es sei vor allem darauf hinzuweisen, daß alle Kreise der Wirtschaft sowie die Reichs- und Staatsbehörden bei Bekämpfung des Berechtigungsdefizits verständnisvoll zusammenwirken müßten. Die Zusammenarbeit müsse sich auf die Ausschüttung der öffentlichen Fortkommen der Akademiker in der Praxis erstrecken wie auch auf die Herabsetzung von Gehältern, um die Hochschulausbildung zu erleichtern. Nur so könne es gelingen einen demnächstigen weiteren Zustrom zur Überfüllung der höheren Schulen und damit zu den Hochschulen für die Zukunft zu unterbinden.

Auf Antrag des Berichterstatters Dr. Kötzting (So.) überwies der Unterrichtsausschuß diese Eingabe dem Staatsministerium als Material.

Rundgebungen für die Verstaatlichung des Bergbaues.

Berlin, 10. Februar

Auf der Reichstagskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes (alter Bergbauerverband), die am 7. und 8. Februar hier abgehalten wurde, hielt der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Hase mann, das Hauptreferat über das Thema: „Die Wirtschaftskrisis und der sozialistische Gedanke“. Der Redner führte u. a. aus, daß im Juli 1931 an der Ruhr etwa 25000, in den beiden schließlichen Revieren rund 2500 und in Sachsen etwa 1000 Bergleute abgebaut wurden, während das Ruhrerevire keine Bergleute mehr beschäftigte. 1931 wurden allein an der Ruhr rund 94 Mill. Feiertage eingelegt, nachdem schon im Vorjahr rund 96 Mill. Feiertage eingelegt worden waren. Die im Betriebe befindlichen Arbeiter würden zur höchsten Leistung angezogen, während Hunderttausende arbeitslos draußen stehen. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter betrage gegenwärtig nicht einmal die Hälfte der des Jahres 1913, in dem 98000 Bergarbeiter beschäftigt wurden während am 1. Dezember 1931 nur noch 470000 Bergarbeiter beschäftigt wurden.

Der Redner ging dann auf die Weltwirtschaft und die durch die internationalen Währungsbedingungen geschaffene Lage ein. In diesem Zusammenhang wies Hase mann darauf hin, daß der Bergbau eine unverhältnismäßig hohe Auslandverschuldung aufweise, wodurch ihm die von der Regierung erwirkte Einsparung wenig Vorteile gebracht habe. Die Krisenzeit habe die wirtschaftlichen Zielsetzungen der einzelnen Gewerkschaften vereinfacht. Bezüglich seines Verbandes könne er sagen, daß die Freien Gewerkschaften nach wie vor für die Überführung des Bergbaues in die gemeinschaftliche Betriebsform kämpfen würden; die Bahn des Fortschritts sei aber unangenehm und verdrängend. Die Politik des Verbandes gehe dahin, auf sozial- und lohnpolitischen Gebieten das Fortschreiten so weit zu erhalten. Des weiteren sei man darauf bedacht, daß die Sanierung der Wirtschaft nicht durch währungsrechtliche Experimente verzögert werde. Zu der Frage der Reparationen erklärte der Redner, daß es bei der Lage Deutschlands unmöglich sei, weitere Reparationszahlungen zu leisten. Der Beschluß der Reparationsverpflichtungen

und die planmäßige Regelung der Kriegsschuldenfrage würde zweifellos der Weltkonjunktur auf keine Weise gute Dienste leisten. Die Völkerverständigung sei heute im internationalen Leben in einem Programmpunkt geworden, von dessen Erfüllung das wirtschaftliche Schicksal von Millionen wehrfähiger Menschen abhängt, niemand werde sich den Zusammenhängen zwischen Reparationen und Weltwirtschaft verschließen können und niemand könne leugnen, daß die Reparationen der Wiederbelebung der Weltwirtschaft im hohen Maße entgegenwirken.

Es wurden dann einstimmig zwei Entschlüsse angenommen, von denen die erste besagt, daß die monopolisierte Bergbauwirtschaft heute mehr denn je der gemeinwirtschaftlichen Lenkung bedürftig sei, die in ausreichender Weise nur durch Gemeineigentum an den bergbaulichen Gewinnmöglichkeiten und Bodenschätzen ermöglicht werde. In der zweiten wird betont, daß eine Wiederbelebung Deutschlands, die zugleich für die ganze Welt Bedingung ihrer Wiederbelebung ist, die Beendigung der Reparationen erfordere, wofür die Bergarbeiter laut ihre Stimme erheben.

Genf, 10. Februar.

Der Gewerbeverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands veranstaltete am Sonntag eine hart besuchte Rundgebung seiner Vertrauensmänner auf dem Ruhrrevier. Der Vorsitzende des Gewerbevereins, Reichstagsabgeordneter Jmdsch, wiederholte seine am 10. Januar in der Reichstagsabstimmung nach Verstaatlichung des Bergbaues. Die heute schon praktisch betriebenen Bergwerke hätten gegenüber den privatwirtschaftlich betriebenen Betrieben finanziell günstiger abgezeichnet. Die Überführung des privaten Bergwertes in die öffentliche Hand sei auch heute in einer Zeit schwerer Wirtschaftskrisis möglich. Man könne zu die Bergwerkbefitzer mit einem Betrage entschädigen, der dem heutigen Marktwert der Montanpapiere entspreche. Die Bezahlung könne durch angemessene Verzinsung und ausstehende Obligationen erfolgen. Bei sorgfältiger Verwaltung könnten bestimmt auf den Überschüssen des Betriebes die Summen aufgebracht werden, die für die Einlösung der ausgetretenen Papiere erforderlich seien.

1 300 000 Eintragungen für Hindenburg
Berlin, 10. Februar.
Die Eintragungen für die Volkswahl Hindenburg beliefen sich bis heute abend auf 1 300 000.

Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände für die Wiederwahl.
Köln, 10. Februar.

Wie die 'Kölnische Volkszeitung' meldet, fand heute in München-Grubbad eine Tagung der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände statt in deren Verlauf einmütig folgende Entschlüsse gefasst und auf telegraphischem Wege an Oberbürgermeister Dr. Sahm, Berlin, überandt wurde:

Die in der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Vertreter der katholischen Verbände mit über zwei Millionen Wahlberechtigten stellen sich hinter ihren Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs.

Auf der Tagung waren vertreten: Die Reichsverbände der katholischen Arbeitervereine, Gesellenvereine, Jungfrauenvereine, Müttervereine, Jungmänner, Katholisch-Jugendmännliche Vereinigungen, Lehrer- und Lehrerinnen-Verbände, Beamtenvereine, Schulorganisation, Frauenbund und der Volksverein für das katholische Deutschland.

Der Reichstagler wieder in Berlin.
Berlin, 10. Februar

Reichstagsler Dr. Brüning traf heute mittag mit dem jahresplanmäßigen Zuge um 12.47 Uhr aus Genf auf dem Bahnhof Bahnhof ein.

Wohnungsansatz des Reichstags.
Berlin, 10. Februar.

Der Wohnungsansatz des Reichstags sollte heute die zweite Lesung des Reichstagsbeschlusses sein. In der ersten Lesung beschloss die Reichstagskammer der Landwirtschaftlichen Abgeordneten die Aufstellung von Wohnungsplänen, soweit landwirtschaftlich geeignete Flächen einbezogen werden.

Am Schluß der Sitzung kam es zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, als die demokratischen Abgeordneten die Erklärung abgaben in der sie sich darüber bewußt sind, daß der Entwurf ein Entwürfungsrecht 'zu einseitiger Verfügung' werde, weil der Abg. D. Mumm (Christl.-Soz.) nicht mit den Sozialdemokraten und Kommunisten stimme. Sie verlangten Protokollierung dieser Erklärung.

Beratungen über die Bankenfragen.
Berlin, 10. Februar

Nachdem der Kanzler heute mittag wieder in Berlin eingetroffen ist, hat sich die Reichsregierung am Spätnachmittag in einer Oberbesprechung mit den Bankenproblemen beschäftigt; die Beratungen sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen.

Wie sich der Säugling die Welt erobert.

Edouard der große französische Neurologe Claude Bernard hat ausgesprochen daß jedes Gesehen für und nur in der Form der Bewegung erkennbar ist. Daher kann auch nur dieser durch Bewegungen zu ergründende Teil der Seele Gegenstand ärztlicher Forderung sein.

Litauen will die Klärung des Memeler Zwischenfalls verschleppen.

Litauens Antwort an den Völkerbund.
Genf, 10. Februar.

Der litauische Außenminister hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm geschickt. Nach einer Darstellung des Sachverhalts, die darin spielt, daß 'keine Rechtsverletzung im Memelgebiet' vorgetommen sei, erklärt er, daß die Behauptungen der deutschen Presse über die Notwendigkeit der dringlichen Anbahnung des Völkerbundstreit wegen einer besonders ersten Lage im Memelgebiet jeder Begründung entbehren.

Die japanische und die polnische Abbrüstungsrede.
Genf, 10. Februar.

Nach Gandhi sprach der japanische Delegationsführer, Vorkämpfer Matsumoto, der erklärte, trotz der unglücklichen Lage in Ostasien sei Japan zu entscheiden wie er die Angelegenheit der Abbrüstungskonferenz zu führen. Matsumoto erklärte, die japanische Delegation sei bereit den Konventionentwurf als Grundlage der weiteren Arbeiten anzunehmen.

Reine deutsche Note an den Völkerbund.
Genf, 11. Februar.

Staatssekretär v. Bülow hat heute vormittag eine neue Note an den Generalsekretär des Völkerbundes geschickt, womit er die neueste Rechtsbrüche im Memelgebiet, die bereits aus der Presse bekannt sind, zur Kenntnis des Völkerbundes bringt.

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Heute vormittag wird noch bekannt, daß der litauische Außenminister dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt habe, er sei bereit, am 18. Februar in Genf zu erscheinen, um sein Land in der Konvention zu vertreten.

Die japanische und die polnische Abbrüstungsrede.
Genf, 10. Februar.

Nach Gandhi sprach der japanische Delegationsführer, Vorkämpfer Matsumoto, der erklärte, trotz der unglücklichen Lage in Ostasien sei Japan zu entscheiden wie er die Angelegenheit der Abbrüstungskonferenz zu führen.

Reine deutsche Note an den Völkerbund.
Genf, 11. Februar.

Staatssekretär v. Bülow hat heute vormittag eine neue Note an den Generalsekretär des Völkerbundes geschickt, womit er die neueste Rechtsbrüche im Memelgebiet, die bereits aus der Presse bekannt sind, zur Kenntnis des Völkerbundes bringt.

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Zugungslage der Realcreditanstalt.
Berlin, 10. Februar.

Im Hinblick auf die schwerliche Lage der Realcreditanstalt und in dem Vertrauen, die weitere Senkung der Realbaumeien zu fördern, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Spitzenverbände der Realcreditanstalt gebeten, bei der Bemessung der Tilgungssätze von Tilgungshypotheken ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu üben.

Die in der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Vertreter der katholischen Verbände mit über zwei Millionen Wahlberechtigten stellen sich hinter ihren Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs.

Auf der Tagung waren vertreten: Die Reichsverbände der katholischen Arbeitervereine, Gesellenvereine, Jungfrauenvereine, Müttervereine, Jungmänner, Katholisch-Jugendmännliche Vereinigungen, Lehrer- und Lehrerinnen-Verbände, Beamtenvereine, Schulorganisation, Frauenbund und der Volksverein für das katholische Deutschland.

Der Reichstagler wieder in Berlin.
Berlin, 10. Februar

Reichstagsler Dr. Brüning traf heute mittag mit dem jahresplanmäßigen Zuge um 12.47 Uhr aus Genf auf dem Bahnhof Bahnhof ein.

Wohnungsansatz des Reichstags.
Berlin, 10. Februar.

Der Wohnungsansatz des Reichstags sollte heute die zweite Lesung des Reichstagsbeschlusses sein. In der ersten Lesung beschloss die Reichstagskammer der Landwirtschaftlichen Abgeordneten die Aufstellung von Wohnungsplänen, soweit landwirtschaftlich geeignete Flächen einbezogen werden.

Am Schluß der Sitzung kam es zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, als die demokratischen Abgeordneten die Erklärung abgaben in der sie sich darüber bewußt sind, daß der Entwurf ein Entwürfungsrecht 'zu einseitiger Verfügung' werde, weil der Abg. D. Mumm (Christl.-Soz.) nicht mit den Sozialdemokraten und Kommunisten stimme.

Beratungen über die Bankenfragen.
Berlin, 10. Februar

Nachdem der Kanzler heute mittag wieder in Berlin eingetroffen ist, hat sich die Reichsregierung am Spätnachmittag in einer Oberbesprechung mit den Bankenproblemen beschäftigt; die Beratungen sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen.

Die Abbrüstungskonferenz ist eröffnet worden, von deren Erfolg die Herabsetzung der nationalen Rüstungen, die allgemeine Sicherheit und die Fortentwicklung des Friedens abhängt. In diesen entscheidenden Augenblicken wünschen die moralischen und materiellen Rüstungen des gegenwärtigen Jahrhunderts mit allen Mitteln, die Konferenz zu unterstützen.

Studenten fordern Abbrüstung.
Berlin, 10. Februar.

Die nachstehenden deutschen und französischen Studentenvorstände haben folgende gemeinsame Erklärung herausgegeben: Die Abbrüstungskonferenz ist eröffnet worden, von deren Erfolg die Herabsetzung der nationalen Rüstungen, die allgemeine Sicherheit und die Fortentwicklung des Friedens abhängt.

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

Genossenschaftliche Selbstauswertungen des Kreis...

Der Verordnete Rand im Alter von 66 Jahren...

himmter Rechte und durch die Begünstigung der liegenden Klassen. Demgegenüber steht fest: Die Entlassung Deutschlands der Pflichterfüllung zugewandt, die anderen Staaten, ihre Pflichten auf das gleiche Maß herabzusetzen.

Die republikanischen Studenten Deutschlands und Frankreichs unternehmen diese Verpflichtung unaufrichtig ins Gedächtnis und protestieren gegen die Lügen der französischen Nationalisten über einen drohenden deutschen Angriff sowie gegen die Forderung der deutschen Nationalisten, die unter dem Kommando einer Abwehraktion, ihren sinnlosen Willen zur Ausführung verbergen.

Die republikanischen Studenten fordern von ihren Regierungen, alles daran zu setzen, um endlich das Recht und den Friedenswillen der Völker zum Siege zu führen.

Deutscher Studentenverband, Deutsche Genossenschaft für akademische Völkerverständigung, Les Jeunes Français, Les Jeunes Allemands, Les Jeunes Français, Fédération des Étudiants Socialistes, F. P. I. O., Groupements Universitaires Français pour la Solidarité des Nations, Ligue Française Universitaire Républicaine et Socialiste.

Neue Bewilligungen von Kleinrentner- und Kleinrentnerinnen.

Berlin 9. Februar.

In der Zeit vom 8. Februar bis 8. Februar 1932 sind folgende Kleinrentnerinnen neu bewilligt worden:

Altbaum (Kleinrentnerin) ...	26
Bobelshof (Rentnerin) ...	31
Altrona ...	130
Bratzen (D.-Schl.) ...	70
Goldbus ...	52
Görlitz ...	100
Harburg-Wilhelmsburg ...	50
Hamburg-Wilhelmsburg ...	200
Hamburg ...	100
Lübeck ...	40
Rehm (Wesf.) ...	30
Wesf. (Wesf.) ...	31
Wesf. (Wesf.) ...	26
Wesf. (Wesf.) ...	31
Wesf. (Wesf.) ...	50
Zusammen: 967	

Für Kleinrentnerinnen hat der Reichskommissar für die wirtschaftliche Kleinrenten folgende neuen Bewilligungsbescheide für Reichsrentnerinnen erteilt:

Bremen ...	605
Darmstadt ...	140
Düsseldorf ...	107
Hannover ...	230
Hildesheim ...	770
Speyer ...	200
Worms ...	253
Zusammen: 2385	

Ein Mitglied der bewährten Kleinrentnerinnen listet das Land Sachsen an der Spitze nach in Württemberg und Baden sind die Renten für die wirtschaftliche Kleinrenten zu veranlassen. In der nächsten Zeit ist für das Ruhrgebiet ebenfalls mit einer größeren Zahl von Bewilligungsbescheiden für Kleinrentnerinnen zu rechnen, nachdem dort für eine größere Anzahl Fälle die beantragten Kleinrentnerinnen schon bewilligt sind.

Die Delegation an der Pariser Konferenz. Der Senat der Universität Leipzig hat die Mitglieder der „Nationalen Universitätsdelegation“, den nationalsozialistischen Studenten eine Erlaubnis erteilt, weil er in der Universitätszeitung kommunistische Angriffe gegen Prof. Dehn gerichtet hat.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Der „rote Tag“ in der Tschekoslowakei.

Prag, 10. Februar.

Der von der kommunistischen Partei für heute proklamierte „rote Tag“ ist in Böhmen, Mähren und Schlesien vollkommen gescheitert.

In der Slowakei gelang es Zusammenrottungen mit dem Gewerkschaftszweck zu verhindern. Ein Versuch wurde verfehlt, mehrere Demonstrationen zu veranstalten.

In Karpaten-Rußland ereigneten sich dagegen heftige Zwischenfälle. In der Gemeinde Berezin, in die etwa 1000 Personen aus den Nachbargemeinden einströmten, versuchten, sich vor dem Dorfamt zwischen 500 mit Eisenhaken, Knütteln und Steinen ausgerüsteten Demonstranten und der Gendarmerie zu einem heftigen Zusammenstoß, bei dem 16 Gendarmen verletzt wurden, darunter 5 schwer. Auch in Blantary griffen etwa 300 Demonstranten die Polizei an.

Das neue englische Zollgesetz in erster Lesung angenommen.

London 11. Februar.

Nachdem im Unterhaus in der vergangenen Nacht die Entschlüsse über die Einfuhrzölle im Reichsgesetz angenommen worden waren, wurde das Gesetz über die Einfuhrzölle am Freitag in erster Lesung erörtert. Der Vorlauf des Gesetzes wird wahrscheinlich am Freitag veröffentlicht.

Das Unterhaus lehnte mit 245 gegen 62 Stimmen einen Änderungsantrag der Arbeiterpartei ab, nach dem die Anwendung der allgemeinen Zollsätze auf 12 Monate befristet werden sollte.

Snowden erklärte die freihändlerischen Mitglieder der Regierung hätten von Anfang an betont, daß sie Tarife nicht ablehnen würden, falls diese zeitweilig notwendig und nötig erschienen, oder daß sie keinen Anteil an der Einführung eines zünftigen Schutzsystems haben könnten. Er hob noch einmal hervor, daß sie bereit wären, auf der Regierung auszuweichen und nur auf ausdrücklichen Wunsch darin verbleiben. Die Bedingung für ihr Verbleiben im Kabinett sei, daß die freihändlerischen Mitglieder derselben Freiheit hätten, ihre Meinung zu vertreten, wie diejenigen, die anderer Ansicht seien. Snowden betonte, daß in den Fragen Reparationen, Kriegsausgaben, Währungsfragen, Sparmaßnahmen, Mäßigung und Jähren vollkommene Einigkeit innerhalb der Regierung bestehe.

Bei der Abstimmung über die Zollvorlage im Unterhaus haben, wie man bekanntlich schon viele Male bei den Verhandlungen festgestellt hat, die gegen die Regierung sind, die gegen die Regierung sind, die gegen die Regierung sind.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Noch keine englisch-französische Einigung in der Reparationsfrage.

Paris, 11. Februar.

Ein Mitarbeiter des „Echo de Paris“, der als gut unterrichtet gilt, erklärt heute, daß die zwischen London und Paris geführten Verhandlungen noch zu keiner Verständigung über die Reparationsfrage geführt hätten. Die Verhandlungen erstreckten sich bisher nicht nur auf das Reparationsproblem, sondern auch auf Zollfragen. Sollte in der Reparationsfrage eine Einigung zwischen beiden Regierungen zustande kommen, dann würde sich diese lediglich auf die Bedingungen für die Fortsetzung der Konferenz bis zum Monat Juni beschränken, so daß beide Regierungen im übrigen volle Handlungsfreiheit behalten.

Eine französische Erklärung über die bisherigen deutschen Leistungen.

Paris, 10. Februar.

Das französische Finanzministerium veröffentlicht heute eine längere Mitteilung über die deutschen Leistungen in der Reparationsfrage, die als Einigung auf die deutsche Erklärung vom 29. Januar gedacht ist. Die französische Darstellung kommt schließlich nach Aufführung einer Reihe von Gesichtspunkten und Zahlenangaben, die im schroffen Gegensatz zu den deutschen Feststellungen stehen, zu dem Gesamtwert der französischen Einnahmen in Höhe von 8199 7 Mill. M., während, wie weiter ausgeführt wird, der Wert dieser französischen Einnahmen sich auf Grund der deutschen auf 10 651,8 Mill. M. belaufen würde.

Finanzplan gegen das Geldhampfen in den Vereinigten Staaten.

Washington, 10. Februar.

Präsident Hoover und die Führer des Kongresses haben sich auf einen weitgehenden Plan geeinigt, der abzielt auf Beseitigung von einer Milliarde Dollar „freien Geldes“ der Bundes-Rezerve-Bank und auf „Kauf“ der „eingelagerten Guthaben“ „Leihgeber“ von Banken durch Zulassung von bisher nicht zugelassenen kommerziellen Papieren zur Diskontierung durch die Bundes-Rezerve-Bank. Der Vorstoß der Bundes-Rezerve-Bank ist weit größer als die gegenwärtig vorgeschriebenen 40 Pro. des Notenumlaufes. Es wird erwartet, daß nächste Woche im Kongreß eine entsprechende Gesetzesvorlage eingebracht werden wird. Der Plan ist ein Teil des Geldgesetzes der Regierung gegen das Geldhampfen. Man hofft, einen wesentlichen Teil der Summe von 1 300 000 000 Dollar, die sich zum Zwecke der Gegenwehr gebildet haben, wieder in den Verkehr zu bringen.

Vor einer japanischen Offensive auf Tschapel?

Kanton, 10. Februar.

Zwischen den Befehlshabern von Kanton und Amoy und dem chinesischen Premierminister fanden heute längere geheime Besprechungen statt, die sich auf die Aufgabe, auf eine Verschärfung der Lage in Schanghai abzielen.

Die Stellung der japanischen und chinesischen Streitkräfte in Schanghai ist unverändert. Die Japaner haben keine weiteren Angriffe auf die Befestigungen unternommen; man glaubt aber allgemein, daß es sich dabei um Ruhe vor dem Sturm handelt und daß innerhalb von 48 Stunden eine große japanische Offensive gegen Tschapel beginnen würde. Es verläuft, daß mindestens zwei japanische Divisionen nach Schanghai unterwegs sind.

Schritt des deutschen Generalkonsuls in Schanghai.

Berlin, 10. Februar.

Der deutsche Generalkonsul in Schanghai hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, Schritte im Interesse der Tschungking-Universität bei den japanischen und chinesischen Truppenführern unternommen. Er hat darum gebeten, daß deutsche Lehramtskräfte in Tschungking nach Möglichkeit zu japanischen und chinesischen Schulen in Schanghai zu rücken.

Schwere Verluste der Chinesen in der Mandchurei.

Paris, 10. Februar.

Nach einer Telegrammmeldung aus Peking ist es zwischen Chinesen und Japanern in der Mandchurei bei Kungtschi zu schweren Kämpfen gekommen. Dabei sollen 1000 Chinesen ums Leben gekommen und 1200 von den Japanern gefangen genommen worden sein.

Wie die Agentur Indopagique meldet, sind in Peking Gerüchte im Umlauf, daß in Rußland am 12. Februar eine neue Regierung ausgerufen werden wird.

Im übrigen soll der Reichstag auf der chinesischen Forderung wiedereröffnet werden sein, ebenso der Reichstag in der russischen Frage. Der neue Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes, der vom Reichspräsidenten zum Vorsitzenden der Regierungskommission des Saargebietes ernannt wurde, ist Herrmann, der den Reichspräsidenten des Reiches benachrichtigt, daß er die Wahl annimmt. Ergebnis der Abstimmung in der Provinz Szechuan. Das Ergebnis der Abstimmung in der Provinz Szechuan.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten. Die Führer des Stahlwerks beim Reichspräsidenten, die die beiden Reichspräsidenten des Stahlwerks, Selbe und Fahrenberg, empfing.

Ämtlicher Teil.

Der Bestimmungsbereich des Handwerks-...
ausgeschlossen für die Strumpf-, Strick- und Woll-
warenindustrie. Art. 2 Stoffhandels...

Schweinezweizählung
am 1. März 1932

mit Ermittlung der in der Zeit vom
1. Dezember 1931 bis 29. Februar 1932
geborenen Käber.

Auf Grund des Reichsgesetzes für Grund-
zins und Landwirtschaft und auf Grund der
Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917
(NR. 1 S. 81) ist am 1. März 1932 eine Zählung...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Gutsbesizers Ernst Alfred
Kummer in Wurzen, Torquarstraße 8...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma
Antonietti & Kuhn...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen der Kaufmann Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Paul
Schwarzbach...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen der Kaufmann Paul
Schwarzbach...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Der Vergleichs- und Kontrollerichter über das
Vermögen des Kaufmanns Otto
Häntzsch in Jitzau, Lutherplatz 2...

Volkswirtschaft.

Berliner Börsenonderdienst.

Obwohl die vorjährige Konjunktur im Auslande
einen verhältnismäßig recht guten Verlauf
gemacht hat und obwohl nach den vorliegenden
Informationen bis Ende Juni doch noch mit der
Abhaltung einer Reparationskonferenz zu rechnen ist...

* Neuer Gewerbesteuertarif. Der Gesamtbund der vereinigten Arbeitgeberverbände...

* Opfer der Wirtschaftskrise. Das etwa 200 Arbeiter beidseitig amatierte Werk in Reuditz...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

* Verschmelzung zweier sächsischer Glasfabriken. In der letzten abgelaufenen Hauptversammlung...

Preise für Bauhölzer (Dau und Stro) von ungarischen Holzhandlungen...

Vertrag über die Wertpapiere im Großhandel in der sächsischen Großhandelsstadt...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

Markttag: Urtel: Gegen die Wirtschaftskrise...

handelt. Der ungedeckte Festbetrag in den laufenden Rechnung der Gemeinden werde immer größer...

Inflationsminderung - großer Anflug

Die bemerkenswerte Entschärfung hat in den letzten Wochen einen großen Anflug...

Die bemerkenswerte Entschärfung hat in den letzten Wochen einen großen Anflug...

Die bemerkenswerte Entschärfung hat in den letzten Wochen einen großen Anflug...

Die bemerkenswerte Entschärfung hat in den letzten Wochen einen großen Anflug...

Die bemerkenswerte Entschärfung hat in den letzten Wochen einen großen Anflug...

Die bemerkenswerte Entschärfung hat in den letzten Wochen einen großen Anflug...

Die bemerkenswerte Entschärfung hat in den letzten Wochen einen großen Anflug...

eingereicht. Weiter lagen die als Komplett im Bergungspart 'Fortuna'...

Zuchthausstrafe wegen Raubes mit Todeserfolg

Das Berliner Schwurgericht III verurteilte wegen gemeinschaftlichen...

Überfall auf einen Postwagen

Gelesen wurde auf der Bergstraße in Beuthen ein Postwagen...

Massenmord

In der französischen Ostschiffahrt...

juristischen Hilfsarbeiters

Bei dem unterzeichneten Eintrags...

Tagelständer

Freitag, 12. Februar. Staatsoper.

Opernhaus. Am Freitag, 12. Februar...

Residenztheater. Die letzte Vorstellung...

Centraltheater. Letzte Vorstellung...

Aus Sachsen. Geldlotterie.

Das Ministerium des Innern hat den im Landesbeitrag für die...

Das Ministerium des Innern hat den im Landesbeitrag für die...

Bermischtes. Das Urteil in dem Vertragsprozess gegen die Ordo-See-Company.

In dem Vertragsprozess gegen den Geschäftsführer...

In dem Vertragsprozess gegen den Geschäftsführer...

Wir führen Wissen. SLUB